

Von weiblich-liberal bis männlich-jungdynamisch

In der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag fällt der Neuanfang mickriger aus als gewünscht, beim künftigen Koalitionspartner FDP dagegen umfassender als erwartet. Das birgt auch Probleme.

Von Thomas Holl

WIESBADEN, 22. Januar. Eine personelle Erneuerung der hessischen CDU in der nächsten Legislaturperiode hatte ihr Landesvorsitzender Roland Koch vor Beginn des Wahlkampfes angekündigt. Doch die Aufrischung der neuen CDU-Fraktion in der 18. Legislaturperiode mit neuen, wenn möglich auch jungen Köpfen fiel dann doch deutlich magerer aus als von vielen in der Union erhofft. Von den 46 in den Wiesbadener Landtag gewählten Abgeordneten der CDU sind nur drei wirkliche Neuzugänge. Die übrigen saßen entweder schon im vorigen Landtag oder sind Rückkehrer nach einer relativ kurzen Politikpause im Jahr der „hessischen Verhältnisse“.

Immerhin – als Politikerin mit viel Potential wird schon jetzt in der CDU die neu hinzugekommene Frankfurter Abgeordnete Bettina Wiesmann gehandelt, die von ihrem Profil und Werdegang her an das Erfolgsmodell Ursula von der Leyen erinnert. Nach der Wahl nannte der CDU-Generalsekretär Michael Boddenberg ausdrücklich Frau Wiesmann Namen, als er davon sprach, dass es „personelle Möglichkeiten“ gebe, „einige neue Akzente zu setzen“. Der 42 Jahre alte Unternehmensberaterin und Mutter von vier Töchtern ist das Kunststück gelungen, mit einem modernen, ungewöhnlichen Wahlkampf den strukturell rot-grünen Frankfurter Wahlkreis 38 zu erobern. Zwar schnappten sich in den

zum Wahlkreis gehörenden Stadtteilen Nordend, Ostend und Bornheim die Direktkandidaten von SPD und Grünen wieder einmal gegenseitig die Stimmen weg. Der knappe Wahlsieg der gebürtigen Berlinerin ist für die Hessen-CDU mit dem Ruf des konservativsten Landesverbandes der Union dennoch überaus wertvoll. Denn Bettina Wiesmann gelang der Sieg auch deshalb, weil sie mit einer ausgesprochen liberalen, wenig parteipolitisch orientierten Ansprache der Wähler in großstädtische, ursprünglich rot-grün orientierte Milieus eindringen konnte.



Bettina Wiesmann

Unter der Internetadresse „ichkennediefrau.de“ zielte die Kommunalpolitikerin, die sich auf Bundesebene seit Jahren bei der Erneuerung der CDU-Programmatik etwa in der „Herzog-Kommission“ engagiert, auf junge Familien und berufstätige Mütter. So formulierte sie als politische Grundüberzeugung auf ihrer Homepage: „Die überwältigende Mehrheit der Mütter und Väter wünscht sich mehr Spielraum und Gestaltungsmöglichkeiten bei der Erziehung ihrer Kinder. Damit dies möglich wird, brauchen wir bessere und flexiblere Betreuungsangebote sowie eine Modernisierung der Arbeitsbedingungen für Eltern.“ Die Familienpolitik liege ihr „am Herzen“. Aber auch in der Bildungspolitik gebe es „Anliegen, denen ich als Abgeordnete meine Stimme verleihen will“.

Einen ähnlich attraktiven Effekt auf diese der Union bisher eher abgelehnten Wählerschichten hatte in Wiesbaden Astrid Wallmann. Die Nichte des früheren Ministerpräsidenten Walter Wall-

mann und Tochter des früheren Wiesbadener Bürgermeisters Wilhelm Wallmann eroberte in der Landeshauptstadt den innerstädtischen Wahlkreis 30 von der SPD zurück. Die 29 Jahre alte Abgeordnete und Verwaltungsfachfrau, die auch im Stadtparlament sitzt, will in der neuen Fraktion erst einmal schauen, was sich bei der Besetzung der Ausschüsse ergibt. „Ich werde die Aufgaben, die ich bekomme, wahrnehmen.“ Als Stadtverordnete hat die Chefin der Jungen Union Wiesbaden sich besonders beim Thema Umwelt eingesetzt. Wenn Ministerpräsident Koch sein auf die Grünen zielendes Versprechen vom vergangenen Jahr ernst meint, Hessen zum „Musterland der erneuerbaren Energien“ zu machen, könnten sich auf diesem Feld Chancen für Astrid Wallmann ergeben. Zumal die bisherige Umweltfachfrau der Fraktion, Elisabeth Apel, den Sprung in den Landtag verpasst hat. Mit 28 Jahren der jüngste CDU-Abgeordnete ist Patrick Burghardt, der den Wahlkreis 47 Groß-Gerau I der SPD wieder abnahm. Der Speditionskaufmann interessiert sich als CDA-Mitglied besonders für Sozialpolitik.

Stark verjüngt, aber mehr als je zuvor von Männern dominiert ist die zweite künftige Regierungsfraktion FDP. Unter den nunmehr 20 FDP-Abgeordneten finden sich nur zwei Frauen: Nicola Beer und Dorothea Henzler. Die beiden Abgeordneten mit dem Themenschwerpunkt Bildungs- und Wissenschaftspolitik zogen indes schon in den neunziger Jahren in den Landtag ein. Als Wermutstropfen im Glas des 16,2-Prozent-Erfolges der FDP sieht der Fraktions- und Landesvorsitzende Jörg-Uwe Hahn den Männerüberschuss: „Ich bin sehr unzufrieden damit.“ Er habe bei der Suche nach Kandidaten für die Landesliste etliche in der FDP engagierte Frauen angesprochen, berichtet Hahn. Die meisten hätten allerdings vor allem mit Blick auf eine Doppelbelastung von Politik und Familie vor

einer Bewerbung für den Landtag zurückgeschreckt. Für die nächste Landtagswahl hat sich Hahn jedoch fest vorgenommen, den geringen weiblichen Anteil in Fraktion und Parteiführung deutlich zu steigern.

Umso ärgerlicher ist Hahn in diesen Tagen darüber, dass die an den Koalitionsverhandlungen beteiligte Nicola Beer aus den eigenen Reihen heraus gegenüber Journalisten als chancenlos bei der Vergabe von Regierungsposten diskreditiert wurde: „Darüber bin ich sehr missgestimmt und habe das auch in der Fraktion deutlich gemacht.“ Als neue, antreibende Kraft in der Fraktion könnte der stellvertretende Ministerpräsident in spe noch die beiden Abgeordneten aus dem Führungskreis der Jungen Liberalen spüren. So hält der 28 Jahre alte Rechtsreferendar und Frankfurter Juli-Chef Hans-Christian Mick es für wichtig, dass die FDP in der Koalition mit der CDU auf die Abwehr der Online-Durchsuchung dringt, wie es ein Landesparteitag beschlossen habe: „Da müssen wir Flagge zeigen.“



Nicola Beer

Ausdrücklich unterstützt Mick auch die Forderung seiner Partei in den Koalitionsversprechungen, die „Kinderschule“ als ein verpflichtendes Vorschuljahr in Hessen einzuführen: „Wir müssen für Kinder Chancengleichheit beim Start in der Schule haben, nicht am Ende.“ Sein gleichaltriger Fraktionskollege Mario Döwling sieht das genauso. Der Lehrer und Kreisvorsitzende der Julius im Vogelsbergkreis will sich vor allem in der Bildungspolitik einbringen, wo er die Vielfalt der Schulformen erhalten will. (Siehe Rhein-Main-Zeitung)

Deutschland – ein Puzzle Wahlkreis 258

Probieren statt versprechen

Ein ressourcenreicher Landstrich ist der Bundestagswahlkreis Ostallgäu, der 2005 die Ordnungsziffer 258 trug und 2009 die Ordnungsziffer 257 tragen wird. Nicht nur wegen seiner Berge, seiner Königsschlösser, seiner Tüftler und Erfinder; auch seine kabarettistischen Talente können sich sehen und hören lassen – allen voran Wolfgang Krebs, der in Bayern mittlerweile fast so beliebt und gefürchtet ist wie Edmund Stoiber, den er immer noch mit großem Erfolg parodiert.

Krebs, schon lange Jahre Mitglied der CSU, hat sogar so viel Gefallen an der Politik gefunden, dass er im Wahlkreis 257, zu dem der Landkreis Ostallgäu, Teile des Landkreises Unterallgäu und die kreisfreien Städte Memmingen und Kaufbeuren gehören, für den Bundestag kandidieren will. Er ist allerdings in seiner Partei nicht der einzige Bewerber, der für den Wahlkreis nominiert werden will, denn zumindest in früheren Wahlgängen war der Wahlkreis für CSU-Kandidaten eine sichere Bastion. 2005 wurde Kurt Rossmann, der im September nicht mehr kandidiert, mit 60,9 Prozent der Stimmen direkt gewählt.

Selbstverständlich sind solche Ergebnisse nicht, denn der Wahlkreis ist kein den Zeitläuften entrücktes Zauberland – obgleich dieser Eindruck entstehen mag, wenn man sich an einem sonnigen Frühjahrsfest auf das Rad schwingt und entlang einem der herrlichen Seen fährt, die Kulisse der Allgäuer Gipfel vor Augen. Der Tourismus ist eine wichtige Einnahmequelle im Wahlkreis. Nicht nur Neuschwanstein, die Stein gewordene Phantasmagorie Ludwigs II., lockt die Besucher an; das Ostallgäu bietet auch sakrale Kleinode wie die Pfarrkirche St. Ulrich in Seeg, einen Glanzpunkt des süddeutschen Rokokos. Der von Johann Jakob Herkomer entworfene Bau zeugt davon, dass bis in die Gegenwart die bayerisch-schwäbische Tugend der Sparsamkeit in Großzügigkeit umschlagen kann, wenn es um die Heimat geht.

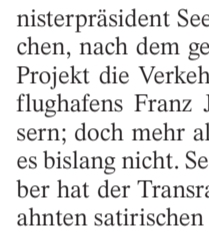
Denn die Kirche konnte in den vergangenen Jahren umfassend restauriert werden,



nicht zuletzt dank des früheren Bundesfinanzministers Waigel, der in Seeg zu Hause ist und unermüdet um Spenden warb. Der Satz, mit dem ein Bauer, der um einen Beitrag gebeten wurde, antwortete, sagt dabei mehr als manche soziologische Analyse über die im Wahlkreis lebenden Menschen aus: „Verspreche kann i nix, aber probiere tät is.“ Dieser Geist hat dazu beigetragen, dass sich neben der immer noch starken Landwirtschaft ein dichtes Netz aus mittelständischen Unternehmen entwickeln und immer wieder erneuern konnte – mit Schwerpunkten in Maschinenbau, Metallverarbeitung und Elektrotechnik. Die Arbeitslosenquote in der Region gehört zu den niedrigsten in Deutschland.

Mit der Vollendung der letzten Teilstrecke der Autobahn 96 zwischen München und Lindau wird die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts noch einmal zunehmen. Die Region kann dann mit guten Straßen-,

Schienen- und Luftwegen werben; in Memmingen ist aus einem ehemaligen Fliegerhorst ein florierender kleiner Flughafen entstanden, den wegen seiner kurzen Wege vom Parkplatz zum Rollfeld auch Münchner nutzen, die im Westen der Stadt wohnen. Ministerpräsident Seehofer hat zwar versprochen, nach dem gescheiterten Transrapid-Projekt die Verkehrsanbindung des Großflughafens Franz Josef Strauß zu verbessern; doch mehr als eine Ankündigung ist es bislang nicht. Seinen Vorgänger Stoiber hat der Transrapid immerhin zu ungeahnten satirischen Höhen – „Sie steigen in den Hauptbahnhof ein“ – geführt. Seehofer kann sich allerdings damit trösten, dass mittlerweile auch er von Wolfgang Krebs parodiert wird. ALBERT SCHÄFFER



Kurt Rossmann

Inland in Kürze

„Häftlinge nicht aufnehmen“ – Der FDP-Vorsitzende Westerwelle hat sich gegen eine Aufnahme von freigelassenen ausländischen Gefangenen aus dem Lager Guantánamo in Deutschland ausgesprochen. „Die Amerikaner tragen die Verantwortung für Guantánamo und auch für die Folgen“, sagte Westerwelle. Wenn entlassene Häftlinge nicht in ihre Heimatländer zurückkehren könnten, müssten „die Vereinigten Staaten sich um einen sicheren Aufenthalt kümmern“. Eine deutsche Debatte über die Aufnahme solcher Freigelassener stehe derzeit nicht auf der Tagesordnung. (pca.)

Höhere Belohnung im „Fall Mannichl“ – Knapp sechs Wochen nach dem Messerangriff auf den Passauer Polizeidirektor Mannichl hat das Bayerische Landes kriminalamt (LKA) die Belohnung vervierfacht. Für Hinweise, die zur Aufklärung der Messerattacke oder zur Festnahme des Täters führen, sind nun 20 000 Euro ausgesetzt, wie das LKA am Donnerstag mitteilte. Die Fahndung nach auf Phantombildern abgebildeten Personen mit auffälligen Tätowierungen (Kreuz und Schlange) werde eingestellt; es gebe keine hinreichenden Anhaltspunkte für einen Zusammenhang zwischen diesen Personen und dem Delikt. (ddp)

Funck soll Lunacek folgen – Nach dem Rücktritt des Brandenburger CDU-Fraktionsvorsitzenden Lunacek hat die am Samstag gewählte Landesvorsitzende der CDU, Johanna Wanka, die Abgeordnete Saskia Funck als Nachfolgerin vorgeschlagen. Frau Funck ist Vorsitzende des großen CDU-Kreisverbands Potsdam-Mittelmark und war Parlamentarische Geschäftsführerin der CDU-Fraktion im Potsdamer Landtag. Sie rechte damit, dass Frau Funck am kommenden Dienstag die erforderliche Mehrheit erhalten werde, sagte Frau Wanka am Donnerstag. (mk.)

Synode tagt – Die Synode der neuen Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM) tagt von diesem Freitag an im thüringischen Bad Sulza. Gewählt werden die Leitungsgremien der Synode und ein Regionalbischof für den Sprengel Stendal-Magdeburg. Ein neuer Landesbischof soll am 20. März gewählt werden. Die EKM ist am 1. Januar aus der Thüringer Landeskirche und der benachbarten Kirchenprovinz Sachsen entstanden. Sie vertritt rund 910 000 evangelische Christen. (reb.)



Preisverleihung: Lea Helle, Friedemann Bieber, Elian Keller und Johannes Lieb zwischen Wolfgang Bernhardt (links), dem Vorsitzenden des Kuratoriums der Fazit-Stiftung, und Holger Steltzner, Miterausgeber der F.A.Z. Foto: Helmut Fricke

Fazit-Preise „Jugend schreibt“ verliehen

Junge Intensivtäter, schrullige Kräutersammler, pensionierte Kampfpiloten, Kammerjäger, Wachkompatenten, Hiphopper – die Themen, mit denen die Fazit-Preisträger die Jury überzeugt haben, bieten eine wilde Mischung. Die ausgezeichneten Reportagen, die im Lauf eines Projektjahres auf den mitt-wochs erscheinenden Seiten „Jugend schreibt“ veröffentlicht worden sind, überzeugten alle mit solider Recherche und gutem Stil. Sie verknüpfen Fakten mit lebendigen Porträts. Diesmal wurden gleich vier Preisträger mit dem Preis der Fazit-Stiftung ausgezeichnet, die Wolfgang Bernhardt, Vorsitzender des Kuratoriums der Fazit-Stiftung, mit ihren Eltern und Lehrern begrüßte.

Man solle auch im Wirtschaftsleben nicht immer dem Zeitgeist hinterherlau-

fen. So habe sich die Fazit-Stiftung von modischen Geldanlagen auch im allgemeinen Überschwang nicht anstecken lassen, sondern das Geld stets „mündelsicher“ angelegt. „Das Ergebnis ist beruhigend: Die Fazit-Stiftung hat kein Geld verloren und wird die heutigen und viele andere Fazit-Preise auch in Zukunft gerne vergeben“, sagte Bernhardt und überreichte die Urkunden.

Als Preisträgerin des Jahrgangs 2007/2008 wurde Lea Helle vom Goethe-Gymnasium in Ludwigsburg geehrt. Sie erhält ein Jahresstipendium von 7200 Euro. Ebenfalls hervorragende Artikel in diesem Projektjahrgang haben Elian Keller und Johannes Lieb verfasst. Die Schüler des Rosensteingymnasiums in Heubach freuten sich über ein Stipendium in Höhe von je

3600 Euro. Friedemann Bieber vom Schillergymnasium Münster ist der Preisträger des Jahrgangs 2008/2009, dessen Projektjahr in diesem Monat endet. Er freut sich über ein Jahresstipendium von 7200 Euro.

Inzwischen geht das Jugendprojekt in das 22. Jahr. Bisher haben mehr als 26 000 Schüler daran teilgenommen. „Die hohe Akzeptanz des Projektes ‚Jugend schreibt‘ in den Schulen ist uns Ansporn und Verpflichtung zugleich“, sagte F.A.Z.-Herausgeber Holger Steltzner in seiner Laudatio. „Wir wissen aus eigenem Erleben und aus vielen Zuschriften unserer Leser, dass die intensive Beschäftigung mit der Zeitung bildet, zum tieferen Verständnis unserer immer komplexer werdenden Welt beiträgt und die eigene Urteilskraft fördert.“ (F.A.Z.)

Hessen an der Isar

Die Bayern-SPD demontiert ihr Personal

MÜNCHEN, 22. Januar. Um eine bemerkenswerte Fußnote hat die bayerische SPD die Geschichte des deutschen Parlamentarismus bereichert. Es geht um die allen Parteien immer wieder virulente Frage, wie mit unbemessenen Abgeordneten umgesprungen werden soll; die hessische SPD hat dazu bekanntlich während der Ypsilanti-Wirren ein ganzes Kapitel verfasst. In Bayern muss sich die SPD mit einer vergleichsweise milden Form der Abweicheung vom innerparteilichen Mainstream auseinandersetzen: Die Landtagsabgeordnete Adelheid Rupp hat öffentlich darüber nachgedacht, ob es klug sei, erst 2011 in der Fraktion eine personelle Erneuerung in Angriff zu nehmen.

Diese Frage treibt zwar seit dem Debakel der SPD bei der Landtagswahl, als sie nur 18,6 Prozent der Stimmen erreichte, viele in der Partei um. Die Entscheidung, zunächst mit dem glücklosen Spitzenkandidaten und Fraktionsvorsitzenden Maget weiterzumachen und zur Mitte der Legislaturperiode neu nachzudenken, wird auch in den eigenen Reihen nicht als Aufbruch gesehen. Aber öffentlich gesprochen werden soll darüber nicht. Wer es dennoch

wagt, für den hält die SPD ein fein abgestuftes Sanktionsinstrumentarium bereit. Nach langwierigen Beratungen durfte Frau Rupp nun selbst mitteilen, dass die Fraktion ihr Verhalten als „unsolidarisch“ gebrandmarkt habe; dem könne sie nur beipflichten. Auch gab Frau Rupp bekannt, dass sie sich – selbstverständlich aus freien Stücken – dazu entschlossen habe, zwei ihrer Ämter niederzulegen: als frauenpolitische Sprecherin und als Mitglied des parlamentarischen Gremiums, das die Landesbank kontrollieren soll. Ihr bleibt das Amt der haushaltspolitischen Sprecherin der Fraktion. Die 50 Jahre alte Rechtsanwältin Rupp ist seit 2007 stellvertretende Vorsitzende des Landesverbands; sie zählt zu den wenigen politischen Talenten im Landesverband, galt als mögliche Nachfolgerin des scheidenden Landesvorsitzenden Stiegler. Damit gewährt die bayerische SPD nicht nur Einblick in ihr parlamentarisches Selbstverständnis, besteht doch kein sachlicher Zusammenhang zwischen den Ämtern, die Frau Rupp abgibt, und ihren Äußerungen zur Zukunft der Partei; es ist das Schauspiel der Selbstzerstörung einer Partei. (ff.)

Verfassungsschutz weist Behauptung Gysi zurück

pca. BERLIN, 22. Januar. Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) hat die Behauptung des Vorsitzenden der Bundestagsfraktion der Linkspartei, Gysi, zurückgewiesen, nach der sämtliche Abgeordneten des Bundestages von der Behörde „registriert“ würden. Diese Behauptung sei „unzutreffend“, teilte das BfV mit. Der Verfassungsschutz werde „ausschließlich im Rahmen seiner gesetzlichen Befugnisse tätig“. Die Linkspartei wird im Verfassungs-

schutzbericht 2007 als einzige der im Bundestag vertretenen Parteien mit Abgeordneten erwähnt. Die Partei bekenne sich „weiterhin zu einer extremistischen Ausrichtung“. Ansätze für eine Verwirklichung ihres Ziels, die Staats- und Gesellschaftsordnung zu überwinden, seien aber in der parlamentarischen Praxis nicht zu erkennen. Gysi hatte seinen Verdacht damit begründet, dass in einem Prozess vor dem Kölner Verwaltungsgericht Mitarbeiter des Verfassungsschutzes auf die Frage, ob alle Abgeordneten oder nur die der Linkspartei registriert würden, gesagt hätten, sie könnten „aus Geheimhaltungsgründen“ hierzu nichts sagen.

Frankfurter Allgemeine

Gründungs- und Herausgeber Erich Welter + Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH.

VERANTWORTLICHE REDAKTEURE: für Innenpolitik: Stefan Dietrich; für Außenpolitik: Klaus-Dieter Frankenberger; für Nachrichten: Dr. Jasper von Altenbockum; für „Zeitschreiben“: Dr. Georg Paul Hefty; für „Die Gegenwart“: Horst Backa; für Deutschland und die Welt: Dr. Alfons Kaiser; für Wirtschaftspolitik: Heike Göbel; für Wirtschaftsberichterstattung: Holger Appel; für Unternehmen: Carsten Knop; für Finanzmarkt: Gerald Braunberger; für Sport: Jörg Hahn; Fußball-Koordination: Roland Zorn; für Feuilleton: Patrick Bahners, Verena Lueken (stv.); für Literatur und Literarisches Leben: Felicitas von Lovenberg; für Rhein-Main-Zeitung: Dr. Matthias Alexander (Stadt), Peter Lückemeier (Region).

FÜR REGELMÄSSIG ERSCHEINENDE BEILAGEN UND SONDERSEITEN: Beruf und Chance: Holger Appel; Bilder und Zeiten: Andreas Platthaus; Bildungswelten: Dr. h.c. Heike Schmolli; Die Lounge: Carsten Knop; Die Ordnung der Wirtschaft: Heike Göbel; Geisteswissenschaften: Jürgen Kaube; Immobilienmarkt: Jens Friedemann; Jugend schreibt: Dr. Ursula Kals; Jugend und Wirtschaft: Dr. Lukas Weber; Kunstmarkt: Dr. Rosemaria Grop; Medien: Michael Hanfeld; Menschen und Wirtschaft: Georg Giersberg; Natur und Wissenschaft: Joachim Müller-Jung; Neue Sachbücher: Christian Geyer; Politische Bücher: Prof. Dr. Rainer Blasius; Recht und Steuern: Dr. Joachim Jahn; Reiseblatt:

Freddy Langer; Staat und Recht: Dr. Reinhard Müller; Technik und Motor: Wolfgang Peters.

BILDREDAKTION: Christian Pohler; CHEFIN VOM DIENST: Dr. Elena Geus; GRAFISCHE GESTALTUNG: Johannes Janssen; INFORMATIONSGRAFIK: Thomas Heumann; INTERNET-KOORDINATION: Dr. Holger Schmidt.

GESCHÄFTSFÜHRUNG: Tobias Trevisan (Sprecher); Dr. Roland Gerschermann.

VERANTWORTLICH FÜR ANZEIGEN: Andreas Formen (Verlagsgeschäftsführer für Anzeigen); für Anzeigenproduktion: Stephan Puls.

Anzeigenpreisliste Nr. 69 vom 1. Januar 2009 an; für Stellenanzeigen: F.A.Z.-Stellenmarkt-Preisliste Nr. 3 vom 1. Januar 2009 an.

MONATSBEZUGSPREISE: Abonnement Deutschland-Ausgabe 37,50 €; einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 43,50 €. Abonnement Rhein-Main-Ausgabe 37,50 €, einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 42,00 € (bei Postbezug Lieferung am Montag – bei Feiertagen am darauffolgenden Werktag). Studierende, Wehrpflichtige und Zivildienstleistende (gegen Vorlage einer Bescheinigung) 17,00 €, einschließlich Frankfurter Allgemeine Hochschulzeitung 17,50 €. Weitere Preise auf Anfrage oder unter www.faz.net. Alle Preise bei Zustellung frei Haus, jeweils einschließlich Zustell- und Versandgebühren sowie 7 % Umsatzsteuer; im Ausland 47,50 € einschließlich Porto, gegebenenfalls zuzüglich Luftpostgebühren. Erscheint werktäglich. Frankfurter Allgemeine Zeitung D2954A und D2955A. Abonnementkündigungen sind schriftlich mit einer Frist von 20 Tagen zum Monats-

ende bzw. zum Ende des vorausberechneten Bezugszeitraumes möglich. Gerichtsstand Frankfurt am Main.

NACHDRUCK: Die Frankfurter Allgemeine Zeitung wird in gedruckter und digitaler Form verbreitet und ist aus Datenbanken abrufbar. Eine Verwertung der urheberrechtlich geschützten Inhalte oder der in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen, besonders durch Vervielfältigung oder Verbreitung, ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar, soweit sich aus dem Urheberrecht nicht anderes ergibt. Besonders ist eine Einspeicherung oder Verbreitung von Zeitungsinhalten in Datenbanksystemen, zum Beispiel als elektronischer Pressespiegel oder Archiv, ohne Zustimmung des Verlages unzulässig.

Wenn Sie Artikel dieser Zeitung nachdrucken, in Ihr Internet-Angebot oder in Ihr Intranet übernehmen oder per E-Mail versenden wollen, können Sie die erforderlichen Rechte bei der F.A.Z. GmbH online erwerben unter www.faz-archiv.de/syndikation. Auskunft unter syndikation@faz.de oder telefonisch unter (069) 75 91-2985. Für die Übernahme von Artikeln in Ihren internen elektronischen Pressespiegel erhalten Sie die erforderlichen Rechte unter www.presse-monitor.de oder telefonisch unter (0 30) 28 49 30, PMG Presse-Monitor GmbH.

© FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG GMBH, FRANKFURT AM MAIN

DRUCK: Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Kurhessenstraße 4 – 6, 64546 Mörfelden-Walldorf; Märkische Verlags- und Druck-Gesellschaft mbH, Friedrich-Engels-Straße 24, 14473 Potsdam; Süddeutsche Societäts-Druckerei GmbH, Lise-Meitner-Straße 7, 82216 Maisach.

Frankfurter Allgemeine Zeitung (USPS No. 0208 020) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is 570,00 € per annum. K.O.P.: Speedimex U.S.A. Inc., 35 - 02 48th Avenue, Long Island City NY 11101. Periodicals postage is paid at Long Island City NY 11101 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Speedimex U.S.A., Inc., 35 - 02 48th Avenue, Long Island City, NY 11101. ISSN 01 74 - 49 09 Amtliches Publikationsorgan der Börse Berlin, Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, Frankfurter Wertpapierbörse, Hansatische Wertpapierbörse Hamburg, Niedersächsische Börse zu Hannover, Börse München, Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart

ANSCHRIFT FÜR VERLAG UND REDAKTION: Postadresse: 60267 Frankfurt am Main, Hausanschrift: Hellerhofstraße 2 – 4, 60327 Frankfurt am Main; zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

TELEFON: (069) 75 91-0. Anzeigenservice: (069) 75 91- 33 44. Abonentenservice: 01 80 - 2 34 46 77 (6 Cent pro Anruf aus dem deutschen Festnetz, aus Mobilfunknetzen gegebenenfalls abweichende Preise) oder www.faz.net/leserportal. Telefax: Anzeigen (0 69) 75 91 - 23 33; Redaktion (0 69) 75 91-17 43; Vertrieb (0 69) 75 91 - 21 80.

BRIEFE AN DIE HERAUSGEBER: leserbriefe@faz.de

Postbank Frankfurt am Main (BLZ 500 100 60) Konto-Nr. 91 393 - 604